



Protokoll der 9. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. April 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Holinger Lorenz (SVP)

Traktanden	Laufnummer
1. Entwicklungs- und Finanzplan 2021-2025 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) <i>://: Vom Entwicklungs- und Finanzplan 2021-2025 und vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.</i>	2020-15 2020-15a 2020-15b 2020-15c
2. Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in der 1. Lesung beraten.</i>	2020-29 2020-29a
3. Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) <i>://: Den Änderungsanträgen der GOR wird einstimmig zugestimmt. ://: Der Teilrevision wird gemäss stadträtlichen Vorlage mit den GOR-Änderungsanträgen zugestimmt. ://: Dem GOR-Antrag wird einstimmig zugestimmt, dass der Stadtrat über den Zeitpunkt des Inkrafttretens entscheiden kann.</i>	2020-17 2020-17a
4. Mehrwertabgabe – Motion «Mehrwertabgabe: neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion <i>://: Die Motion wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i>	2020-32
5. Cargo Sous Terrain – Interpellation «Cargo Sous Terrain – Chance für Liestal ?» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2020-33
6. Veloverkehr – Postulat «Konzept Veloverkehr» der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2020-34
7. Bezahlte arbeitsfreie Tage 2021 – Interpellation «Bezahlte arbeitsfreie Tage im Jahr 2021» von Michael Durrer der Grünen Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2020-35

8. Fahrplan 2025 – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat «Fahrplan 2025» von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2016/7
2016/7a
2016/7b
Vertagung wegen Zeitmangel.
9. Frühförderung – Postulat «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion (Nr. 2021-41) 2021-41
Vertagung wegen Zeitmangel.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) begrüsst die Ratsmitglieder, den Stadtrat sowie die Medienvertreter und Gäste zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem angepassten Schutzkonzept COVID-19 werden folgende Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
 - Beim Eingang in den Landratssaal werden Hygienemasken abgegeben. Für alle Anwesenden im Landratssaal gilt die Maskentragpflicht.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies dem Vizepräsidenten anzeigen, damit dieser eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Ratsmitglied Fabian Eisenring (SP) hat wegen einem Wohnsitzwechsel per 30. Juni 2021 seinen Rücktritt als Einwohnerratsmitglied und auch als Sozialhilfebehördemitglied bekannt gegeben.
Das Rücktrittsschreiben vom 12. April 2021 von Fabian Eisenring als Einwohnerratsmitglied wird von der Ratspräsidentin verlesen. Fabian Eisenring ist seit 27. November 2012 im Einwohnerrat und hatte während der Amtsperiode 2016 – 2020 auch die FIKO präsiert. Bereits an dieser Stelle wünscht ihm der Rat für die Zukunft alles Gute und dankt ihm für das Geleistete.
- Neun Jahre lang hat Andreas Hirsbrunner für die Basellandschaftliche Zeitung (bz) über das Geschehen in Liestal berichtet und damit auch gegen 80 Einwohnerratssitzungen rapportiert. Heute sitzt er nun zum letzten Mal auf der Presstribüne, denn er lässt sich im Mai mit 63 Jahren frühpensionieren. Seine Nachfolgerin ist Kelly Spielmann, die heute ebenfalls auf der Presstribüne anwesend ist.
- Das Büro hat an seiner letzten Sitzung dem Grobkonzept für die Jubiläumsfeier «50 Jahre Einwohnerrat Liestal» im nächsten Jahr zugestimmt. Ein kleiner Jubiläumsanlass wird für die Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2022 vorgemerkt, weshalb das Jahresschlusseren 2021 im Anschluss an die Januar-Sitzung entfällt.

- Der Detail-Terminplan 2022 ist den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 22. April 2021 zur Kenntnis gebracht worden.
- Das Büro wird an seiner nächsten Sitzung entscheiden, ob Amtsjahrschlusssessen vom 30. Juni 2021 wegen Covid-19 organisiert oder gegebenenfalls abgesagt wird.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

Neue persönliche Vorstösse

- Referendumsfrist – Kleine Anfrage betreffend Referendumsfrist bei Einwohnerratsbeschlüssen von Yves Jenny der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-43)
- Grüne Siedlung – Postulat «Kantonales Projekt Grüne Siedlung – günstig und mit externer Expertise einen entscheidenden Schritt für mehr Stadtgrün» von Benjamin Holinger und Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Dominic Odermatt der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2021-44)
- SBB-Betonwände begrünen – Postulat «SBB-Betonwände begrünen» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-45)

Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail des Ratschreibers zur Kenntnis gebracht worden und werden mit dem nächsten ER-Versand in Papierform verschickt.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------------------|--|
| - Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bonjour Bernhard (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass der Stadtrat an der gestrigen Sitzung Herrn Marcel Meichtry als neuen Stadtverwalter gewählt hatte, was auch dem Einwohnerrat mit einer Medienmitteilung vom heutigen Morgen mitgeteilt wurde. Dieser wird am 17. Mai 2021 die Stelle antreten und sich an der nächsten Einwohnerratssitzung selbst noch persönlich vorstellen.

Die Rechnung 2020 liegt vor und wird Ende Woche verschickt. Diese schliesst dank Einmal-effekten im Steuerbereich mit einem Defizit von CHF 66'000 ab, doch das strukturelle Defizit beträgt 2,4 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung mit 2,7 Mio. Franken liegt rund 3,3 Mio. Franken unter dem Zielwert. Das Fremdkapital ist um 2,1 Mio. Franken auf 47,9 Mio. Franken angewachsen. Angesichts der unsicheren Lage und des strukturellen Defizits bleibt die Finanzlage der Stadt Liestal weiterhin angespannt.

In der heutigen Basler Zeitung wurde über die Stabhof-Baustelle berichtet. Die Stadt und auch KMU Liestal sind diesbezüglich nicht kontaktiert, sondern nur von einzelnen Exponenten befragt worden. Alle wichtigen Stakeholder sind über das Bauvorhaben informiert worden. Hier im Rat werden meist Quartierpläne behandelt, welche auf der grünen Wiese entstehen. Der Stabhof-Investor hat den Mut, mitten im Stedtli alte verlotterte Liegenschaften zu sanieren und hochwertigen Wohn- und Gewerberaum zu schaffen. Das Stedtli sowie die Rathausstrasse werden davon profitieren und so verstehe er die negative Berichterstattung nicht ganz.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern und Fraktionen werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Sitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 14. April 2021 beschlossen.

75 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Entwicklungs- und Finanzplan 2021-2025 (Nr. 2020-15) - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2020-15a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2020-15b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2020-15c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2020-15a)

Holinger Benjamin (GL) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2020-15a: Die Kommissionsarbeit im Zusammenhang mit der EP-Vorberatung ist auf Seite 2 des Berichtes umschrieben. Die Zielbilder des Stadtrates zur Lebensqualität in der Hauptstadt Liestals sind sehr gut formuliert und es ist wichtig, dass man diese trotz der schwierigen finanziellen Lage weiter verfolgt. In der Planungsperiode muss grösstenteils ein negativer Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen werden und zur Deckung der laufenden Kosten fremdes Geld aufgenommen werden. Ein ausgeglichener Finanzhaushalt kann nur unter sehr schwierigen Voraussetzungen erreicht werden. So reduziert sich auch der Bilanzüberschuss von CHF 19.4 Mio. auf TCHF 460 massiv und die Verschuldung steigt auf CHF 83 Mio. an. Bei allen 3 Szenarien des Stadtrates steigt das Bevölkerungswachstum mehr oder weniger stark an, was sich auch positiv auf die Steuererträge auswirkt. Die SV17 bringt ab 2020 Mindererträge von rund CHF 2.4 Mio. mit sich. Die Faktoren der instabilen Finanzlage wie die Zentrumslasten, die Bildung, die Sozialhilfe, das Alter sowie die fehlende Unterstützung durch den kantonalen Finanzausgleich sind bereits bekannt. Gemäss stadträtlichen Priorisierung haben die Entwicklungsprojekte Allee, Bahnhof und Orissteg sowie die Masterplanung Rheinstrasse Vorrang und diese Priorisierung wird von der FIKO ebenfalls unterstützt. Bezüglich den thematisierten Schwerpunkte in allen Bereiche verweist er auf die Berichterstattung auf den Seiten 3 und 4 des Kommissionsberichtes und möchte darauf anschliessend bei den Empfehlungen näher eingehen. Im Zusammenhang mit der politischen Würdigung kann festgestellt werden, dass dem Rat einmal mehr ein sehr umfangreicher, lesenswerter und informativer Entwicklungsplan unterbreitet wurde und auch die Arbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung war sehr gut. Die FIKO bedauert es jedoch, dass man bezüglich der Aufgabenüberprüfung nichts gehört hatte, denn diese ist dringend nötig und sollte rasch angegangen werden. Der vorliegende EP trägt letztmals die Handschrift von Stadtverwalter Benedikt Minzer, welcher immer sehr viel Arbeit in dieses Planungsinstrument investiert hatte. Trotz

zusätzlichen Aufgaben für die Verwaltung hat der Stellenplan hinsichtlich der Stellenprozente in der Gesamtsumme keine Änderungen ergeben und es werden nur interne Verschiebungen aufgezeigt. Trotz zwei gewichtigen personellen Abgängen sollten wichtige Projekte wie die Digitalisierung, die Nachhaltigkeitsstrategie, die klima-angepasste Stadtentwicklung, die Aufgabenüberprüfung usw. keine Verzögerungen erfahren. Die Schaffung befristeter Stellen für solche Projekte sollte geprüft werden. So müssen die Resultate der Aufgabenüberprüfung auch zügig in die entsprechenden einwohnerrätlichen Kommissionen kommen, damit diese dort auch politisch diskutiert werden können. Die Stadt Liestal hat in finanzieller Hinsicht wenig Handlungsspielraum. Und angesichts der schlechten finanziellen Situation spielt die Solidarität länger und mehr eine wichtige Rolle, weshalb auch Kooperationen mit umliegenden Gemeinden sowie Kanton usw. äusserst wichtig sind. Die Kooperationen sollten im nächsten EP bei den strategischen Handlungsfeldern aufgenommen werden. An einer der Subkommissionssitzung wurde die FIKO über die Masterplanung Rheinstrasse orientiert und eine laufende Information der tangierten einwohnerrätlichen Kommissionen wird gewünscht. Die FIKO unterstützt beide stadträtlichen Anträge einstimmig.

c) Bericht BPK (Nr. 2020-15b)

Werner Fischer (FDP) stellt den BPK-Bericht Nr. 2020-15b vor: Der EP ist von der Kommission an zwei Sitzungen intensiv bearbeitet worden. Ganz generell kann man sagen, dass aktuell der Bereich Tiefbau viel besser unterwegs ist als der Bereich Hochbau und bei den Unterhaltsarbeiten das investiert wird, was gemäss SIA-Normen notwendig ist. Dabei spielt natürlich die finanzielle Entlastung durch die Spezialfinanzierungen eine wichtige Rolle. Nötige Investitionen von rund 70 Mio. Franken müssen im Hochbau immer wieder hinausgeschoben werden, doch sind dort oftmals Teilprojekte wie im Tiefbau nicht möglich. Auch vertreten einige BPK-Mitglieder die Meinung, dass verschiedene dringende Investitionen trotz der schwierigen finanziellen Situation nicht weiter hinausgeschoben werden sollten. Mit den zahlreichen QP's und Forcierung der verdichteten Bauweise sind auch viele Grünflächen verschwunden. Der Hitzeentwicklung in den Städten sowie dem Klimawandel ist künftig vermehrt Beachtung zu schenken. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Strassenoberflächen sind wahrnehmbar und Verbesserungspotenzial ist wohl bei geräuschärmeren Strassenbelägen noch vorhanden. In den nächsten Jahren sind rund 10 Mio. Franken für Werterhaltungsarbeiten im Tiefbau eingeplant. Im Hochbau-Bereich konnten doch einige grössere Projekte trotz finanziellen knappen Mitteln bereits realisiert werden. Ein grosses Anliegen der BPK ist auch die Sanierung der A22 und grossmehrheitlich ist man der Meinung, dass weitere Investitionen in die Sanierung verfehlt wären und man sich mit aller Kraft für eine Tunnel-Lösung einsetzen sollte. Die stadträtliche Strategie hinsichtlich den bevorstehenden Investitionstätigkeiten wird von der BPK unterstützt. Die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung im Zusammenhang mit der EP-Vorberatung wird verdankt und die stadträtlichen Anträge unterstützt.

d) Bericht SBK (2019/162c)

Dominique Meschberger (SP) orientiert über die wichtigsten Punkte des SBK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2020-15c sowie Schwerpunktthemen der Kommissionsberatungen. Die Fragen der SBK sind vom Stadtrat sowie der Verwaltung wiederum offen und zufriedenstellend beantwortet worden. Die Jugendkommission und Integrationskommission sind aufgelöst worden und spezifisch sollen Player neu an einen Runden Tisch gebracht werden. In der Sozialhilfe sind die Voraussetzungen gegeben, dass Liestal und verschiedene Institutionen nötige Hilfe anbieten können. Die Abläufe in diesem Bereich konnten die SBK überzeugen. Die Folgen der Corona-Pandemie werden wohl noch lange spürbar sein. Die IV-Anerkennung von Suchterkrankten dürfte zu einer finanziellen Entspannung führen. Im Asylbereich ist man gespannt auf die bevorstehende Sanierung des Wohnheims. Der Bevölkerungsanteil an Betagten nimmt zu und angesichts dieser Altersprognosen wird man beispielsweise auch hinsichtlich der Planung vermehrt gefordert sein. Eine vermehrte Zusammenarbeit mit anderen

Gemeinden in der Pflegeregion Liestal ist sinnvoll. Die Umsetzung der Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr ist erfolgt und die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden ist als Effizienzsteigerung erfahren worden. Dank der guten Zusammenarbeit des Bildungsbereichs mit der Bauverwaltung kann auf demografische Umstände sowie Änderungen hinsichtlich der Schulraumplanung reagiert werden. Mit den vorhandenen Schulräumen wird sparsam umgegangen und es gibt keinen unnötigen Luxus. Die Schulleitungen erhalten mehr Pensen und dies ist auch nötig, da beispielsweise der Stundenpool für die spezielle Förderung der Schulleitung unterstellt ist und neu auch lohnrelevante MAG's durchzuführen sind. Die schulgänzende Betreuung ist eine Erfolgsgeschichte und von der Kommission ist mit Interesse die Möglichkeit einer Tagesschule zur Kenntnis genommen worden, doch sind noch weitere Abklärungen diesbezüglich nötig. Auch die frühe Förderung der Kinder findet die SBK wichtig. Im Zusammenhang mit den ausserschulischen Lernorten ist gemäss neuer Regelung an acht Tagen der Schulunterricht ins Freie zu verlegen und in diesem Zusammenhang darf man auch das von der Bürgergemeinde finanzierte Waldpädagogik-Angebot beanspruchen. Auch die SBK unterstützt beide Anträge des Stadtrates.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass mit den im EP aufgezeigten 15 Handlungsfeldern die Lebensqualität in Liestal verbessert werden soll. Die kritische Grösse der abgebildeten Zahlen ist aber nicht der Gewinn oder Verlust in der Erfolgsrechnung, sondern die Selbstfinanzierung. Trotz allen Bemühungen und einem hohen Steuerfuss von 65 % schaffen wir es nicht, die laufenden Kosten und Leistungen der Stadt mit den eigenen finanziellen Mitteln decken zu können. Schuld daran sind unter anderem auch die Zentrumslasten sowie zahlreiche Direktiven von Bund und Kanton, welche die Gemeindekassen immer mehr belasten. Jüngstes Beispiel ist beispielsweise der Entscheid des Kantons, dass wir 2,7 Personen mehr für die Schulleitung anstellen müssen. Auch wurde einmal ausgewiesen, dass rund 88 % gebundene Kosten sind und doch haben wir noch Spielraum im Verwaltungshandeln, weshalb man auch schon Steuerungsgruppen im Bildungs- und auch Sozialbereich eingesetzt hatte. Daraus ist dann beispielsweise auch die Ausgleichs-Initiative entstanden, was Liestal eine finanzielle Entlastung von rund 1,2 Mio. Franken bringt. Doch schon reisst beispielsweise die SV17 wieder ein grösseres Loch in die Kasse. Liestal muss weiter Geld aufnehmen und die Schulden wachsen auf 80 Mio. Franken an. Im Moment haben wir noch günstige Zinsen, doch darf man nicht vergessen, dass eine Zinserhöhung von 1 % in etwa 1 Steuerprozent entspricht. Das Projekt Aufgabenüberprüfung ist noch nicht über die Initialisierungsphase hinaus, weshalb der FIKO noch keine diesbezüglichen Fragen beantwortet werden konnten. Mögliche Massnahmen werden im Sommer im Stadtrat beraten und dann im Einwohnerrat eingespielt. Die Budget-Kompetenz liegt beim Einwohnerrat und dieser kann dann auch diesbezügliche Entscheide fällen. Es ist tatsächlich so, dass man beim Stellenplan trotz zusätzlichen Aufgaben für die Verwaltung nach wie vor sportlich unterwegs ist. Hinsichtlich der Empfehlung für die Anstellung von Temporärarbeitskräften für einzelne Projekte kann er festhalten, dass man dies bspw. beim Projekt Digitalisierung bereits getan hat, indem die Analyse durch Externe erstellt wurde. Bei der Implementierung sind aber dann doch wieder die eigenen Mitarbeiter involviert. Betreffend den erwähnten Kooperationen verweist er auf Punkt 13 der definierten strategischen Handlungsfelder sowie das Postulat „Vereinsunterstützungen“, mit welchem sich Liestal eine Entlastung im Zusammenhang mit den Zentrumslasten erhofft. Hinsichtlich den Investitionen kann festgehalten werden, dass beispielsweise Entwicklungsprojekte wie die Rathausstrassen-Sanierung trotz der schwierigen Finanzlage realisiert werden, da diese die Stadt weiter bringen. Vom Stadtrat wurden bei den künftigen Investitionen Prioritäten gesetzt, welche von der FIKO und auch BPK unterstützt wurden. Auch der Stadtrat unterstützt die Meinung der BPK, dass man von einem weiteren Flickwerk bei der A22 absehen und die Tunnellösung als Variante forcieren sollte. Er wird nach den Fraktions- und Einzelsprechern gegebenenfalls noch zu einigen Punkten Stellung nehmen.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Michael Durrer (GL) meint, die Ausgangslage für eine Gewichtung und Würdigung des EP sei angesichts der schwierigen Ausgangslage sowie Zukunftsperspektiven doch recht schwierig. Seine Fraktion ist aber doch der Meinung, dass der Stadtrat in diesem schwierigen Umfeld sehr gute Arbeit im Zusammenhang mit dem vorliegenden Planungsinstrument geleistet hat. Nebst den blanken Zahlen spielen ja andere Faktoren wie Lebensqualität und die guten Angeboten in Liestal in den unterschiedlichsten Bereichen eine wichtige Rolle. Der Entwicklungsplan ist wiederum von sehr guter Qualität und aus aktuellem Anlass möchte er dem scheidenden Stadtverwalter Benedikt Minzer an dieser Stelle für sein langjähriges Engagement und die gute Zusammenarbeit den besten Dank aussprechen. Das Verschieben der Investitionen nach hinten ist auch in seiner Fraktion nochmals eingehend diskutiert worden, doch ist man nicht zu einem abschliessenden Fazit gekommen. Die Priorisierung der anstehenden Investitionen sollte aber doch bei nächstbestener Gelegenheit in der FIKO und BPK nochmals thematisiert werden. Seine Fraktion wünscht und hofft, dass man vom Stadtrat noch vor der Beratung des Budget 2022 etwas über den Zwischenstand der Aufgabenüberprüfung erfahren würde, sofern dies möglich ist. Den Anträgen wird man zustimmen.

Reto Derungs (SP) erklärt, die SP-Fraktion würdige den EP 2021-2025 sowie den Stellenplan für die nächsten vier Jahre. Die Schulden werden in der Planperiode auf beinahe 83 Mio. Franken anwachsen und dennoch ist seine Fraktion der Meinung, dass im Hochbau mehr Geld investiert werden sollte. Verschiedene Investitionen in diesem Bereich werden bei längerem Zuwarten bestimmt nicht günstiger, sondern dürften später eher noch teurer werden. Dem Stadtrat sowie der Verwaltung wird der beste Dank ausgesprochen.

Bruno Imsand (FDP) hält fest, dass seine Fraktion dem EP sowie Stellenplan ebenfalls zustimmen wird. Der EP ist hinsichtlich der Tiefe und Details wiederum beeindruckend beim Vergleich mit anderen grossen Gemeinden. Wir alle wollen eine leistungsstarke sowie kundenfreundliche Verkehrsdrehscheibe und ein attraktives Einkaufszentrum sein, möchten mit unseren Kultur- und Freizeitangeboten ausstrahlen, wollen ein hochstehendes Bildungs- und Betreuungsangebot anbieten können und mehr Firmen in Liestal ansiedeln, damit auch mehr Steuern von juristischen Personen generiert werden können. Die vom Stadtrat formulierten 15 strategischen Ziele sind unbestritten, gehen bei den umfangreichen Zahlen des EP doch etwas unter. Wenn man die formulierten Ziele unterstützt, muss man auch die Kostenfolgen bejahen. Die Schuldenzunahme und das fehlende Eigenkapital führen dazu, dass die Selbstfinanzierung auch nach der Planungsperiode 2021-2025 ungenügend sein wird. Der Schuldenaufbau hat irgendwo seine Grenzen, denn ein Anstieg der Zinsen dürfte die Fremdmittelaufnahme teuer machen. Der Stadtrat und auch der Einwohnerrat muss sich vermehrt nach der Decke strecken. Der EP kann mit einem Reiseführer verglichen werden und so kann man sich beispielsweise entscheiden, ob man in der 1. oder 2. Klasse mit der Bahn reisen möchte. Das Ziel sowie die Reisedauer spielen keine Rolle und nur der Komfort ist etwas anders. Und so dürfte die Aussage des EP sein, dass Liestal künftig in der 2. Klasse fahren wird. Wir müssen uns nach der Decke strecken, und alles was noch funktioniert, muss halt gegebenenfalls repariert und nicht gleich gänzlich ersetzt werden. Auch wenn wir in der 2. Klasse unterwegs sind, lässt es sich hinsichtlich der Lebensqualität in Liestal nach wie vor gut leben.

Patricia Bergamin (SVP) dankt dem Stadtrat für den wiederum umfangreichen und informativen EP 2021-2025. Die gravierenden Veränderungen im Jahr 2020 werden noch Auswirkungen für die Zukunft haben und um so mehr ist der EP als Leitfaden für die kommenden Jahre wichtig. Die Verschlechterung der finanziellen Lage ist bedenklich, die zu stemmenden Aufgaben werden ja nicht weniger und auch die Fremdverschuldungszunahme, der negative Selbstfinanzierungsgrad sowie die Abnahme des Bilanzüberschusses sind beunruhigend. Gespannt ist auch ihre Fraktion auf die Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung. Den Anträgen wird man einstimmig zustimmen und an dieser Stelle nochmals dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit danken.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) möchte für einmal nicht über die Finanzen reden, denn das ist ja schon gemacht worden. Auch verzichte er auf eine Wiederholung der Würdigungen, möchte aber doch dem Stadtrat und der Verwaltung den besten Dank für die Ausarbeitung des EP aussprechen. Es freut ihn, dass im EP auch die Aufwertung des Grünraumes thematisiert wird, was ja für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität wichtig ist. Genau solche Punkte sind wichtig, wenn es darum geht, dass Menschen nach Liestal zuziehen werden oder weiterhin in Liestal bleiben und Steuern bezahlen. Auch die Mittefraktion ist gespannt auf die Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung. Werden Leistungen gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern abgebaut oder gar kostenpflichtig? Werden personelle Massnahmen folgen? Man hofft auf zukunftsgerichtete konstruktive Ansätze und Ideen und diese dürfen durchaus auch mutig, ungemütlich und gesponnen sein, denn auf diesen können dann auch realistische Lösungen aufgebaut werden. Das Zielbild Lebensqualität ist wichtig und doch muss man sich überlegen, ob denn wirklich jede Strasse beim kleinsten Mangel komplett saniert werden muss und müssen an der Schule wirklich zwei Klassenzimmer und drei Lehrpersonen pro Klasse vorhanden sein? Ist es wichtig, dass auch die letzte entlegene Wohnung während 24 Stunden im Tag voll an den öffentlichen Verkehr angebunden ist? Wir müssen uns wohl einmal alle darüber Gedanken machen, was wir als Individuum von der öffentlichen Hand erwarten und was wir dafür bezahlen wollen. Die Mittefraktion wird den Anträgen zustimmen.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Natalie Oberholzer (GL) freut es, dass nach den Sommerferien 2021 die Umsetzung der auserschulischen Lernorte umgesetzt wird. Ein Vorstoss im Jahre 2018 ist vom Stadtrat und der Schulleitung tatkräftig umgesetzt und erfreulicherweise ist von der Bürgergemeinde auch eine Stelle „Waldpädagogik“ geschaffen worden, welche die Schulen grosszügig und langfristig unterstützen wird. Dieses Angebot in dieser Form ist im Kanton einmalig und Liestal darf darauf als Pioniergemeinde stolz sein. Allen Beteiligten spreche sie an dieser Stelle den besten Dank aus. Liestal hat nach Basel als 2. Stadt in der Nordwestschweiz den Klimanotstand ausgerufen, andere Gemeinden und Städte sind dann nachgezogen und sind ihre Hausaufgaben zügig angegangen und haben auch umfassende Massnahmen zum Klimaschutz erarbeitet. Liestal hat den Turbo leider nicht eingeschaltet und auch im vorliegenden EP kann man nur wenige spärliche Massnahmen zu Gunsten des Klimaschutzes nachlesen. Ursachenbekämpfung sehe für sie selbst doch etwas anders aus. Das Ziel der Schweiz ist es, bis im Jahr 2030 die Hälfte der Treibhausgase reduzieren zu können. Dies muss auch für Liestal gelten und darf deshalb nicht so zögerlich angegangen werden. Das Argument, Klimaschutz sei zu teuer, lasse sie nicht gelten. Sie nehme deshalb den EP nur widerwillig und mit Murren zur Kenntnis. Im nächsten EP sollte der Klimaschutz an erster Stelle mit umfassenden Massnahmen und konkreten Reduktionszielen und Handlungsfeldern aufgeführt werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf das Votum der Vorrednerin und verweist auch Seite 15 des EP, auf welcher als Zielbild auch die Nachhaltigkeit thematisiert wird. Mit der Beantwortung des Postulates zum Thema Nachhaltigkeit hatte der Stadtrat aufgezeigt, was der Stadtrat unternehmen wird. Der EP ist im September geschrieben worden und so konnten die Massnahmen noch gar nicht abgebildet werden. Es ist ja nicht so, dass Liestal betreffend dem Klimaschutz gar nichts unternimmt. Das Nachhaltigkeits-Thema ist ein Bestandteil des Jahresprogrammes 2021. Stellenwechsel, die Corona-Pandemie, das Projekt Aufgabenüberprüfung usw. bedingen eine Priorisierung und werden vom Stadtrat und der Verwaltung dennoch angegangen. Auch wurde nie vom Stadtrat die Aussage gemacht, dass man beim Klimaschutz sparen möchte. Der Stadtrat wird das Nötige veranlassen, was er als sinnvoll und nötig betrachtet.

h) Anträge

Ratspräsidentin Verna Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden und nun über die stadträtlichen Anträge abgestimmt werden kann, welche von allen drei Kommissionen unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2021-2025 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.

76 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Schulhaus Gestadeck, Ersatzbaute Pavillon – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission, 1. Lesung (Nr. 2020-29)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Das Geschäft wird nach der heutigen 1. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 26. Mai 2021 nochmals beraten und an der nächsten Sitzung bzw. nach der 2. Lesung wird dann über den stadträtlichen Antrag abgestimmt.

Werner Fischer (FDP) stellt den Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2020-29a vor: Das Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie man trotz knappen Ressourcen eine nachhaltige Baute erstellen kann. Die Erstellung erfolgt mit einer Elementbauweise, was eine rasche und günstige Realisierung ermöglicht und zudem allen Richtlinien der Baubiologie entspricht. Abstriche mussten gemacht werden und so hatte der Verzicht auf den Turnhallen-Ausbau in der BPK zu regen Diskussionen Anlass gegeben. Der neue separate Versammlungsraum für ca. 200 Personen soll primär den Schulen und Vereinen zur Verfügung stehen, wobei das Nutzungskonzept noch zu erstellen ist. Das Projekt ist vom Wettbewerbssieger konzipiert und massiv abgespeckt worden. Das Raumangebot ist ebenfalls nach unten korrigiert und es sind weitere Abstriche zu Gunsten einer kostengünstigen Lösung gemacht worden. Im Aussenbereich wird unter anderem eine naturnahe Spielwiese entstehen. Bei der Planung sollen gegebenenfalls auch die Bedürfnisse der Lehrerschaft sowie Kindern mitberücksichtigt werden und diese sollen eventuell gar bei der Umsetzung tatkräftig mitwirken können. Die BPK ist vom Gesamtkonzept sowie dem zweck- und verhältnismässigen Raumangebot überzeugt und stellt dem Rat den Antrag, dem Baukredit gemäss stadträtlichem Antrag zuzustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es gut, dass es bezüglich dem abbruchreifen Pavillon vorwärts geht. Der im Jahr 2017 durchgeführte Wettbewerb für das Gestadeck-Schulhaus hatte zur Folge, dass man aus Kostengründen auf eine Gesamtsanierung und Erweiterung verzichtete. Mit dem Wettbewerbssieger hatte man in der Folge das Projekt für den Pavillonausbau ausgearbeitet. Der BPK wurde versichert, dass das Projekt nicht ausgeschrieben werden musste. Es wird keine Luxuslösung geben, doch immerhin gibt es einen Mehrzweckraum, welcher Platz für ca. 200 Personen bietet und auch von Vereinen benützt werden kann. Für die Spielplatzgestaltung hat man einen Spezialisten beigezogen und von der BPK wurde der Miteinbezug der Lehrkräfte sowie Schüler empfohlen. Sie findet es schade, dass aus finanziellen Gründen die Turnhallenerweiterung nicht möglich ist. Die Mittefraktion wird dem Baukredit zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) erklärt, dass auch die FDP-Fraktion dem Baukredit zustimmen wird und dankt an dieser Stelle dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die umsichtige Planung. Der Pavillon hat schon vor längerer Zeit sein Lebensalter erreicht. Mit dem vorliegenden Projekt bekommt Liestal ein attraktives und zweckmässiges Gebäude, welches behindertengerecht und im Minergie-A Eco Standard erstellt. Auf dem Dach wird eine Photovoltaikanlage erstellt und ein neues Versammlungslokal geschaffen, was sehr begrüssenswert ist. Die meisten räumlichen Defizite können mit dem Neubau erfüllt werden, doch aus Kostengründen musste auf die Turnhallenerweiterung sowie weitere Begehrlichkeiten verzichtet werden. Sämtliche Materialien entsprechen den Richtlinien der Baubiologie, für den Aussenbereich wird ein Spezialist beigezogen und damit sollte auch gewährleistet sein, dass dieser auch für den auserschulischen Unterricht benützt werden kann. Die Akzeptanz vom Spielplatz und somit vom Schulareal durch die Kinder soll so hoch wie möglich sein, damit ein sorgfältiger Umgang mit der Anlage resultiert. Die rechtliche Situation im Zusammenhang mit der Vergabung an den Wettbewerbssieger sowie Projektverfasser ist abgeklärt worden. Das Gesamtprojekt überzeugt und mit einer engen Begleitung sowie Kostenkontrolle sollte es keine Mehrkosten geben.

Patrick Mägli (SP) meint, dass der Pavillon-Neubau anstelle dem ursprünglich geplanten grossen Schulhausprojekt Gestadeck realisiert wird. Das Projekt ist zwar weniger umfangreich, kostet aber immer noch 4,4 Mio. Franken. Die SP-Fraktion begrüsst das Projekt mit den ausgewogenen Lösungen und wird dem beantragten Baukredit ebenfalls zustimmen.

Natalie Oberholzer (GL) informiert darüber, dass es ihre Fraktion schätze, dass das Gebäude im Minergie-A Eco Standard erstellt wird. Auch wird es begrüsst, dass ein Mehrzweckraum entsteht, welcher von den Vereinen genutzt werden kann. Gut angedacht ist ebenfalls die Aussenraumgestaltung, bei welcher die Lehrkräfte und Schulkinder hoffentlich von Anfang an mit einbezogen werden. Auch die spätere Pflege könnte zumindest teilweise von Schulklassen selbst verrichtet werden. Gerade die Corona-Zeiten haben uns gezeigt, dass Alternativen zu Innenräumen vermehrt aufgesucht und wieder geschätzt werden. Die Grüne Fraktion wird dem Baukredit ebenfalls zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) meint, alles Wichtige sei schon gesagt worden und er möchte auf Wiederholungen verzichten. Das Bauprojekt ist so konzipiert, dass man nicht das Gefühl haben könnte, dass unnötige Kosten entstehen. Gemäss Auskunft der Bauverwaltung sind die Honorarkosten von TCHF 700 im Vergleich zu den Gesamtbaukosten von 4,4 Mio. Franken nicht zu hoch und der Honorar-Anteil in dieser Grössenordnung sei üblich. Man weiss, dass die Holz- und Stahlpreise seit anfangs Jahr um bis zu 60 % aufgeschlagen haben. Eine Kostenüberwachung wird deshalb sehr wichtig sein. Seine Fraktion wird dem Baukredit ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die Aufnahme in der BPK und auch den Fraktionen. Erwähnen möchte er noch, dass im Altbau auch noch ein Lift eingebaut wird, welcher einen behindertengerechten Zugang ermöglicht. Im grossen und offenen Treppenhaus können vermutlich noch zusätzliche Flächen als Gruppenräume usw. verwendet werden. Das Versammlungslokal mit einem kleinen Office ist ein guter Nebeneffekt, welchen wohl auch die Vereine zu schätzen wissen. Beim Minergie-A Eco Standard wird auch Recyclingmaterial verwendet und mit der Photovoltaik-Anlage ist eine Stromselbstversorgung möglich. Mit der Hybridbauweise und vorgefertigten Bauelementen wird die Bauzeit wesentlich verkürzt. Auch ist man bei der Aussenraumgestaltung auf ein gutes Kosten- und Nutzungsverhältnis bedacht, welches ehrlich und solide daher kommt. Bezüglich dem Anstieg der Rohstoffpreise sind aktuell keine Aussagen möglich.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt, dass die anderweitige Nutzung von Schulräumen durch Dritte auch gewisse Ängste und Befürchtungen schüren könnte. Wenn man Schulhäuser für die Fremdbenützung öffnet, kann auch die Schule selbst enorm davon profitieren, indem sie sich auch zum Quartierzentrum entwickeln könnte.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Das Geschäft wird an der Ratssitzung vom 26. Mai 2021 in 2. Lesung nochmals beraten.

77 0.01.011.01 Einwohnerrat

**3. Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision (Nr. 2020-17) –
Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeinordnung und Regle-
mente (GOR)**

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt den GOR-Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2020-17a dem Rat kurz vor: Auch beim Bestattungswesen ist es wichtig, dass man juristisch exakt ist, denn im schwierigen Moment vom Tod braucht man wohl am wenigsten noch juristische Händel im Zusammenhang mit Bestattungsformen usw. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen von neuen Grabformen wie der Urnengarten oder das Grabfeld für Fehl- oder Totgeburten haben in der GOR sehr grosse Unterstützung gefunden. Die Abänderungsanträge der Kommission basieren darauf, dass man einige reglementarische Bestimmungen präziser fassen wollte, ohne den grundsätzlichen Charakter der Reglementsänderungen zu hinterfragen. Die GOR bittet den Reglementsänderungen mit Berücksichtigung der Abänderungsanträge der Kommission zuzustimmen und ist auf die Umsetzung der neuen reglementarischen Bestimmungen gespannt.

Daniel Schwörer (FDP) hält fest, dass die FDP-Fraktion den GOR-Anträgen zustimmen wird. Der Urnengarten ist eine Mischform zwischen den Urnengräbern/-nischen und dem Gemeinschaftsgrab. Das Gemeinschaftsgrab ist anonym und im Urnengarten können doch Namens tafeln angebracht werden. Das „Sternenkinder“-Grabfeld entspricht auch einem Bedürfnis von schwer geprüften Eltern, die ihr Kind als Fehl- oder Todgeburt verlieren. Vom GOR-Präsidenten ist bei der Vorprüfung des teilrevidierten Reglements minutiöse und gute juristische Arbeit geleistet worden, wofür ihm der beste Dank ausgesprochen wird. So hatte er sich beispielsweise beim Sternenkinder-Grab mit der Frage befasst, ab wann denn ein Mensch ein Mensch ist etc. Auf Seite 86 des Entwicklungsplanes 2021-2021 ist ja erwähnt, dass die Umsetzung des neuen Friedhof-Konzeptes mit TCHF 50 veranschlagt wird, gleichzeitig aber ein Stiftungsbeitrag für die Umgestaltung in Aussicht gestellt wird, welcher vom Stadtpräsidenten beschafft werden konnte. Seine Fraktion unterstützt den Vorschlag des Büros, dass auf eine Detailberatung der Reglementsänderungen und GOR-Anträge verzichtet wird und über die GOR-Anträge integral abgestimmt wird.

Lukas Heinzelmann (SVP) informiert, dass die SVP-Fraktion der Reglementsänderung mit den GOR-Anträgen zustimmen wird und den Urnengarten eine gute Sache finde.

Fabian Eisenring (SP) erklärt, auch seine Fraktion unterstütze es, dass die neuen reglementarischen Bestimmungen sowie Bestattungsformen den Bedürfnissen angepasst werden. Er kann bestätigen, dass in der GOR eine juristisch exakten Prüfung stattgefunden hatte, was er den Gesetzesartikel-Experten in der GOR verdanken möchte. Den Anträgen wird man einstimmig zustimmen.

Albert Siegwart (GL) stellt fest, die Friedhofumgestaltung sowie die Reglementsanpassungen vom Stadtrat und der Verwaltung sorgfältig geplant und dem Rat zur Beschlussfassung unterbreitet wurden. Seine Fraktion wird den beantragten Änderungen ebenfalls zustimmen und die GOR-Anträge unterstützen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) freut sich, dass das jahrelange Thema der Friedhofneugestaltung nun doch konkret wird. Sie hofft, dass nach der Reglementsgenehmigung dann auch die Umsetzung vollzogen wird. Der Friedhof Mümliswil hat bereits einen solchen Urnengarten und könnte von Interessierten einmal besichtigt werden.

Stadträtin Marie-Therese Beeler dankt für die geleistete Arbeit der vorberatenden GOR-Kommission sowie die gute Aufnahme der Reglementsänderungen in allen Fraktionen. Die GOR hat sich nicht nur in juristischer Hinsicht mit dem Reglement befasst, sondern auch Verbesserungsvorschläge zur besseren Verständlichkeit unterbreitet, was sie ebenfalls danken möchte. Die direkte Überweisung der stadträtlichen Vorlage durch das Büro an die GOR hatte es ihr noch gar nicht ermöglicht, hier im Rat für die Ziele der Reglementsänderungen zu werben, wobei dies wohl gar nicht mehr nötig ist. Der neue Urnengarten ist eine alternative Form zum Gemeinschaftsgrab und wird das Feld bei der Friedhofkapelle sicher aufwerten. Auch ist es ein Bedürfnis von betroffenen Eltern, dass für Kinder, die ohne ein Lebenszeichen zur Welt gekommen sind, ein separates Grab zur Verfügung steht. Somit wird das Grabfeld für Sternenkinder ebenfalls zu einer Begräbnisstätte, wohin auch die bereits vorhandene Skulptur des verbrochenen Ei verlegt wird. Der Friedhof wird mit der Neugestaltung sicher eine Aufwertung erfahren und die Prader-Fehr-Stiftung hat in diesen Tagen dafür einen namhaften Betrag gesprochen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die verschiedenen Anträge abstimmen lässt.

GOR-Antrag 1

Die GOR beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, die Vorlage Teilrevision des Friedhofsreglements in den §§ 1 Abs. 1, 2, 8 Abs. 1 lit. i und j, 4 Abs. 2, 9 Abs. 1, 10 Abs. 3 und 4, 10b Abs. 1 und 3, 10c, 11 Abs. 1^{bis}, 12 Abs. 5, 15 lit. e, 21 ff. und 23 gemäss vorstehenden Ausführungen abzuändern.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt den Vorschlag des Büros zur Diskussion, dass über die Änderungsanträge der GOR gemäss 1. Antrag pauschal abgestimmt wird, sollte der Rat diesem Vorschlag zustimmen.

Sie kann feststellen, dass sich zum Vorschlag des Büros niemand zu Wort meldet.

://: Den Änderungsanträgen der GOR wird einstimmig zugestimmt.

GOR-Antrag 2

Die GOR beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, die Teilrevision des Friedhofsreglements gemäss Vorlage Stadtrat mit den Änderungsanträgen der GOR gemäss Ziff. 1 zu genehmigen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner stellt nach Umfrage fest, dass zum 2. GOR-Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofsreglements gemäss stadträtlichen Vorlage mit den Änderungsanträgen der GOR wird einstimmig zugestimmt.

GOR-Antrag 3

Die GOR beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, dem Stadtrat den Entscheid über den Zeitpunkt des Inkrafttretens zu übertragen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner kann feststellen, dass auch zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag der GOR wird einstimmig zugestimmt, dass der Stadtrat über den Zeitpunkt des Inkrafttretens entscheiden kann.

78 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Mehrwertabgabe – Motion «Mehrwertabgabe; neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion (Nr. 2020-32)

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat bereits an der letzten Sitzung im Zusammenhang mit einer Interpellationsbeantwortung zum gleichen Thema gesagt hatte, dass er die Motion nicht übernehmen möchte. Zuallererst möchte er noch kurz einige Begriffe und generelle Punkte im Zusammenhang mit der Mehrwertabgabe (MWA) erläutern. Umzonung bedeutet im Grundsatz, wenn die Änderung von der Nutzung eines bestimmten Grundstücks einer neuen Zone zugewiesen wird. Der klassische Fall ist beispielsweise das Burri & Mangold-Areal im Oristal, welches von einer Gewerbezone neu einer Wohnzone zugeführt wird. Von einer Aufzonung spricht man, wenn beispielsweise eine WG1-Zone in neu eine WG3-Zone umgewandelt wird. Wenn in der Umgangssprache die Rede von einer Auszonung ist, heisst dies gemäss Raumplanungs- und Baugesetz, dass eine konforme Bauzone wieder der Landwirtschaftszone zugewiesen wird und bei der Einzonung wird Landwirtschaftszone in Bauzone umgewandelt. In Liestal stehen aktuell Ein- und auch Auszonungen nicht zur Diskussion. Auslöser der Interpellation Nr. 2020-31 und Motion Nr. 2020-32 ist das Bundesgerichtsurteil betreffend der Gemeinde Münchenstein. Gemäss diesem Urteil ist es nicht zulässig, dass den Gemeinden verboten wird, zusätzlich zur Erhebung von Abgaben bei Neueinzonungen auch bei Auf- und Umzonungen Planungsmehrwerte zu erheben. Einleitend steht sehr deutlich im Bundesgerichtsurteil zum Fall Münchenstein: „... Die Regelung einer Erhebung für eine Mehrwertabgabe entspricht einer Bundesgesetzgebung, die den Kantonen den Auftrag erteilt, eine Gesetzgebung zur Ausarbeitung einer MWA auszuarbeiten. Bislang ist der Kanton BL dem nicht nachgekommen ... Solange der Kanton von seiner Kompetenz zur Erhebung einer MWA nicht Gebrauch macht, kann den Gemeinden nicht verwehrt sein, diese Aufgabe in eigener Kompetenz wahrzunehmen. Dies weil sie eng mit der ihnen obliegenden Ortsplanung verknüpft ist ...“. Als weiterer Grund wird auch die Gemeindeautonomie-Verletzung aufgeführt. Die Regierung hat nach dem Urteil bekanntgegeben, dass sie in der Umsetzung des bundesgerichtlichen Urteils dem Parlament, zeitnah eine neue gesetzliche Regelung unterbreiten wird, welche mit dem Bundesrecht in Einklang steht. Der Stadtrat ist deshalb der Überzeugung, dass zuallererst die kantonale neue Gesetzgebung abgewartet werden soll, und es keinen Sinn macht, ohne diese einen neuen kommunalen Erlass auszuarbeiten. Dieses Verfahren dürfte rund zwei Jahre dauern und die Politik und Verwaltung unnötig beanspruchen. Mit der Motion wird verlangt, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat ein Reglement zur Beschlussfassung unterbreitet, in welchem die rechtlich zulässigen MWA für Planungsvorteile bei Quartierplänen usw. geregelt werden. Bereits an der letzten Sitzung wurde im Zusammenhang mit der MWA-Interpellation erklärt, dass die Stadt Liestal seit März 2019 bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan einen sogenannten Infrastrukturbeitrag festlegen kann, welcher auch Verhandlungsgrundlage für die QP's und Ausnahmeüberbauung-Verträge bildet. Als Berechnungsgrundlage für die Erhebung von Infrastrukturbeiträgen dient der Planungsmehrwert. Dieser Mehrwert berechnet sich wiederum aus der Differenz vom geschätzten Grundstück vor und nach der Planung. Aus dem evaluierten Planungsmehrwert erheben wir 33 % in Form des genannten Infrastrukturbeitrags seit dem Jahr 2019. Er ist davon überzeugt, dass ein Vertrag immer nur dann ein guter Vertrag ist, wenn dieser für beide Parteien stimmt. Und damit dies möglich ist, wird ein paritätisches Verfahren aufgelegt, indem sich beide Parteien gemeinsam für ein neutrales Schätzungsbüro entscheiden. Die neutrale Bewertung dient den Verhandlungspartnern dann als Grundlage zur Berechnung des Infrastrukturbeitrages. Er hofft, dass seine Ausführungen doch zu einem besseren Verständnis beitragen konnten. Es macht im heutigen Zeitpunkt einfach keinen Sinn, diese Motion an den Stadtrat zu überweisen, damit der Stadtrat parallel zur Ausarbeitung des kantonalen Gesetzes bereits ein Reglement ausarbeitet. Der Stadtrat kann sich damit einverstanden erklären, wenn ihm der neue Vorstoss als Postulat und nicht als Motion überwiesen würde.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Motionär für die allgemeinen Erläuterungen des Stadtrates, welche er grösstenteils unterstützen kann, die politische Würdigung sieht doch wieder etwas anders aus. Bei der MWA geht es darum, dass bei der Planung durch die öffentliche Hand schlussendlich Landeigentümer Vorteile ohne irgendwelche Gegenleistungen bekommen, indem ihr Land einen Mehrwert bekommt. Und dieser Vorteil bzw. Mehrwert soll dann zu einem bestimmten Prozentsatz dem Staat abgeliefert werden. Mit dieser finanziellen Abgeltung sollen dann dem Staat wiederum finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, dass dieser bei Planungsnachteilen wie Auszonungen usw. entschädigen kann. Die MWA ist politisch hochbrisant. 1979 ist vom Bund die MWA eingeführt worden und verschiedene Kantone hatten sich mit dem Vollzug schwergetan und diesen seit 30 Jahren erfolgreich verzögert. Im Jahr 2014 hatte der Bund den Kantonen befohlen, dass sie die MWA von mindestens 20 % bei den Einzonungen einfordern müssen. Und der Kanton Baselland hatte auch nach diesem Entscheid nichts unternommen. In der Folge hatte Münchenstein die MWA auf kommunaler Ebene eingefordert und dafür ein Reglement ausgearbeitet, worauf dieses Vorgehen vom Kanton in einem Beschwerdeverfahren abgelehnt und bekämpft wurde. Dies mit der Begründung und Argumentation, dass die MWA eine Kantonsaufgabe sei. Schlussendlich hatte das Bundesgericht entschieden, dass Münchenstein die MWA einfordern darf und diese dann auch selbst behalten darf und nicht dem Kanton abgeben muss. In der Folge ist dann vom Landrat das GAP-Gesetz zur Abgeltung der MWA beschlossen worden. Mit diesem Gesetz wurde es unter anderem den Gemeinden verboten, zusätzlich MWA zu erheben, obwohl dies das Bundesrecht erlaubt. Dieses Gesetz ist an einer Volksabstimmung hauchdünn angenommen worden. Münchenstein konnte sich mit dem neuen kantonalen Gesetz nicht einverstanden erklären und hatte wiederum dagegen prozessiert. Mit einer weiteren Bundesgerichtsentscheid ist verfügt worden, dass das Verbot für die MWA-Erhebung durch die Gemeinden gemäss kantonalem Gesetz aufgehoben wird, da der Kanton andere Planungsmehrwerte nicht regelt. Der Kanton hatte im Anschluss daran versprochen und in Aussicht gestellt, dass er zeitnah eine Regelung treffen wird, was er bereits seit 1979 hätte tun müssen. Er kann sich durchaus vorstellen, dass dies nochmals 20 Jahre dauern wird. Will man wirklich noch einmal so lange warten? Dies Frage verneinen die Motionäre klar und sind der Meinung, dass Liestal analog Münchenstein ein MWA-Reglement erlässt und künftige eine MWA einfordert. Der bei den letzten Quartierplänen in Liestal erhobene Infrastrukturbeitrag macht nur einen Teil der möglichen MWA aus. Warten wir nun ab, bis der Kanton endlich etwas unternimmt oder macht die Stadt Liestal selbst Nägel mit Köpfen und erlässt ein Reglement für die MWA-Erhebung? Je mehr Gemeinden im Baselland von diesem Recht Gebrauch machen werden, desto grösser dürfte der Druck auf den Kanton sein, die MWA im kantonalen Recht festzuschreiben, damit er selbst auch davon profitieren kann. Es wird nicht wahnsinnig schwierig sein, ein solches Reglement auf Gemeindeebene zu erlassen, denn das hat Münchenstein bereits getan. Der Aufwand für die Verwaltung ist klein und der mögliche Gewinn an zusätzlichen Einnahmen dürfte nicht unerheblich sein und der Stadt Liestal in der angespannten Finanzlage gut tun. Die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat bringt nichts, zumal die politischen Fronten im Zusammenhang mit der MWA auch klar sind. Er bittet den Rat, der Überweisung der Motion an den Stadtrat zuzustimmen, damit mit der MWA zusätzliche Einnahmen generiert werden können.

Albert Siegwart (GL) meint als Mitunterzeichner der Motion, dass alles Wichtige bereits von seinem Vorredner gesagt wurde. Er selbst möchte auch, dass die GOR baldmöglichst das neue Reglement vorberaten werden kann, damit dieses dann vom Einwohnerrat beschlossen und in Kraft gesetzt werden kann. Es gibt keinen Grund dafür, nicht auf Gemeindeebene ein MWA-Reglement zu machen, da es unbekannt und schlecht abschätzbar ist, bis wann der Kanton seine Hausaufgaben macht und die kantonale Gesetzgebung anpasst. Der von der Stadt Liestal erhobene Infrastrukturbeitrag muss zweckgebunden verwendet werden, was bei den MWA-Einnahmen nicht der Fall ist. So könnten mit den Einnahmen der MWA gar Schulden abgebaut werden.

Daniel Schwörer (FDP) informiert darüber, dass die FDP-Fraktion den neuen Vorstoss nicht als Motion und auch nicht als Postulat an den Stadtrat überweisen möchte. Die Prüfung und Beantwortung des Postulates durch die Verwaltung würde die Verwaltung tatsächlich nur unnötig beschäftigen. Den vom Motionär gemachte geschichtliche Abriss betreffend der bisherigen MWA-Geschehnissen habe er auch so in Erinnerung. Mit der Streichung von § 2 der kantonalen Gesetzgebung durch das Bundesgericht ergibt sich nun in der Tat ein Freiraum für die Gemeinden im Zusammenhang mit Ein- und Umzonungen, Aufzonungen usw. sowie MWA-Erhebungen. Grundsätzlich muss aber wohl die Frage beantwortet werden, ob denn Liestal überhaupt die Erhebung einer MWA will oder nicht. Es ist wohl keine Steigerung der Standortattraktivität, wenn Liestal MWA gierig vom Fiskus abschöpfen würde, indem dafür ein Reglement geschaffen wird. Die MWA-Abschöpfung bei den Grundeigentümern durch einzelne Gemeinden dürfte eher nachteilig sein. Der Kanton müsste schon voraus gehen und mit der Gesetzesanpassung auch gleiches Recht für alle Gemeinden schaffen. Und sollte der Einwohnerrat das von den Motionären geforderte Reglement schlussendlich beschliessen, müsste dies abschliessend auch noch vom Kanton genehmigt werden. Und bei einer Nicht-Genehmigung des Reglementes müsste schlussendlich auch Liestal bis zum Bundesgericht prozessieren müssen und ein solches Verfahren dürfte nicht nur kostspielig, sondern auch zeitaufwändig sein und über mehrere Jahre hinweg dauern. Die Umsetzung der Motionsforderung ist ein Experiment, welches schlussendlich sehr viel Aufwand und Ärger mit sich bringen wird und deshalb soll Liestal auch nicht eine Pionierrolle übernehmen. Zur Verbesserung der Finanzlage Liestals wäre die MWA ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein. Die Rechtsprechungen im Zusammenhang mit materiellen Enteignungen sind länger und mehr strenger geworden, weshalb es auch praktisch unmöglich ist, Entschädigungen zugesprochen zu bekommen. Und somit würden zweckgebunden MWA von den Bürgern eingefordert und diese Gelder könnten dann nicht verwendet werden, was somit die Gemeindefinanzen auch nicht entlasten würde. Die Motion soll deshalb abgelehnt und der Vorstoss auch als Postulat nicht überwiesen werden.

Pascale Meschberger (SP) stellt fest, dass Boden ein Grundbedürfnis wie die Luft zum Leben ist. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es nicht mehr als recht, dass Private bei Landumzonungen gegebenenfalls einen Planungsmehrwert auch finanziell abgelten. Ihre Partei hatte sich gegen die neue kantonale Gesetzgebung ausgesprochen, doch ist diese vom Souverän an der Urne knapp angenommen worden. Damit aber nun Druck auf den Kanton ausgeübt werden kann, wird ihre Fraktion die Überweisung der Motion unterstützen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, seine Fraktion befürworte eine Regelung auf Kantonsstufe und wird deshalb die Überweisung des Vorstosses als Motion oder aber auch als Postulat nicht unterstützen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) orientiert, die Mittefraktion wird mehrheitlich die Überweisung der Motion unterstützen. Und zur Aussage des FDP-Fraktionssprechers möchte er doch noch festhalten, dass die MWA für die Gemeinden ein finanzielles Geschenk und nicht ein Standortnachteil ist. Und wie gross dieses Geschenk sein wird, weiss man erst, wenn man das Gemeindereglement umsetzt. Und es werden nur diejenigen Grundeigentümer einen finanziellen Beitrag in Form der MWA leisten müssen, welche bei einem QP-Verfahren usw. auch einen Planungsmehrwert für ihr Grundstück zugesprochen bekommen.

Benjamin Holinger (GL) meint, verschiedene Voten von Befürwortern und auch Gegner der MWA haben ihn überzeugt. Er sieht es aber schon nicht ein, weshalb Liestal analog Münchenstein nicht nachziehen sollte, zumal die finanzielle Situation von Liestal ja wirklich nicht rosig ist und man für Mehreinnahmen dankbar sein dürfte. Die Standortvorteile für Liestal sind ja bereits beim vorigen Geschäft bei den strategischen Zielen des Entwicklungs- und Finanzplanes festgehalten worden. Es ist für ihn unverständlich, weshalb man Investoren bei Quartierplanungen von einer MWA verschont und den natürlichen Personen hingegen einen höheren Steuerfuss zumutet. Das Votum des einten Juristen hier im Rat habe ihn doch mehr überzeugt.

Daniel Schwörer (FDP) meint, man führe hier durchaus keine juristische Diskussion, denn die beiden Juristen sind ja durchaus betreffend dem Regelungsfreiraum der Gemeinden einig. In der politischen Diskussion geht es ja nun darum, ob man diesen Freiraum nutzen will oder nicht. Will nun Liestal ein Zeichen setzen und den Grundeigentümern anzeigen, dass sie bei einem Planungsmehrwert ihres Grundstückes eine MWA zu bezahlen haben? Wenn hingegen das Gegenteil der materiellen Enteignung bei Umzonungen usw. eintritt, sind gemäss Rechtsprechung in den letzten zwanzig Jahren allfällige Entschädigungsforderungen erfolglos und diese Eigentumseinschränkung ist somit nicht fair. Die MWA-Abschöpfung wurde zudem nach einem fixen Prozentsatz erfolgen und bei der Beibehaltung der jetzigen Regelung mit der Erhebung eines Infrastrukturbeitrages bei QP's usw. wäre man zudem flexibler, indem man flexibler und gerechter bei der Vereinbarung auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten agieren kann. Will nun Liestal wirklich mit dem schlechten Beispiel vorangehen und als einzige Gemeinde im Kanton eine MWA erheben?

Michael Durrer (GL) sagt, er sei schon ein Wackelkandidat im Zusammenhang mit dem neuen Vorstoss gewesen und ist nun doch froh, dass man von der juristischen Diskussion wegkomme. Letzte Woche hatte es noch geheissen, die MWA bringe keine finanziellen Vorteile für Liestal und die Umsetzung gehe nicht, weshalb er den Vorstoss schon hinterfragt habe. Nach den heutigen Voten kann er diese Fragen jedoch bejahen und deshalb wird er die Überweisung der Motion auch unterstützen, was auch seine Fraktion geschlossen tun wird.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hat eine Verständnisfrage und möchte wissen, ob denn betroffene Eigentümer eine MWA zu leisten hätten, wenn ihr Grundstücke beispielsweise von einer WG2-Zone in eine WG3-Zone umgezont würde.

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Frage damit, dass es sich in diesem Fall um eine Aufzoning handelt und keine MWA zu bezahlen wäre. In Liestal besteht aktuell die Gefahr wegen möglichen Ein- und auch Auszonungen nicht. Bei den Quartierplänen wie Post, Lüdin-Areal, Oristal sowie bei der Ausnahmeüberbauung Erzenberg ist der Infrastrukturbeitrag mit den Eigentümern und Investoren noch nicht ausgehandelt worden, welcher seit 2019 erhoben und bei Erteilung der Baubewilligung fällig wird. Der Infrastrukturbeitrag beträgt 33 % vom Planungsmehrwert. Die Überweisung der Motion und die Ausschaffung eines MWA-Reglements macht keinen Sinn und er ist sich auch nicht ganz sicher, ob man über die die MWA-Einnahmen frei verfügen und beispielsweise Schulden abbauen kann. Vielmehr sollten wir zuallererst die kantonale Gesetzgebung abwarten und dann würde Liestal auch die Schaffung eines kommunalen Erlasses umgehend angehen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) meint, dass die Meinungen wohl gemacht sind und deshalb um kurze Wortmeldungen gebeten wird.

Thomas Eugster (FDP) findet eine generelle MWA nicht gut und bei der aktuellen Praxis muss man schon einige Realitäten mitberücksichtigen. So gibt es in Liestal keine Ein-, Aus- und Aufzonungen in absehbarer Zeit und seit 2019 werden bei den QP's bereits Infrastrukturbeiträge von 33 % durch die Stadt erhoben. Regierungsrat Isaac Reber hat versprochen, dass er schnell das neue kantonale Gesetz bringen wird und dass es nicht nochmals 10 Jahre geht. Bei einem eigenen Reglement müsste die Ausgestaltung des kommunalen Erlasses in einem politischen Prozess noch ausgearbeitet werden, was nicht unbedeutende Ressourcen beanspruchen würde und auch nicht in Kürze umgesetzt werden kann. Das Reglement müsste zudem vom Regierungsrat noch genehmigt werden und dieses dürfte auch nicht in einem Widerspruch zur kantonalen Gesetzgebung stehen. Die MWA sind zweckgebundene Abgaben und diese Einnahmen dürfen nicht beliebig verwendet werden. Der Kanton Basel-Stadt kennt schon sehr lange die MWA und hat das Problem, dass man auf viel Geld von mehreren Millionen in einem Fonds hockt und diese finanziellen Mittel für keine Projekte eingesetzt werden können. Liestal würde mit einer Motionsüberweisung falsche Signale setzen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage in den Raum, ob denn dafür garantiert werden kann, dass vom Kanton in den nächsten 2 – 3 Jahren ein neues Gesetz vorgelegt wird, in welchem alle Planungsvorteile und die MWA geregelt sind? Dies, nachdem der Kanton nach 40 Jahren ein Bundesgesetz immer noch nicht umsetzen konnte. Und wird dieses Gesetz dann gegebenenfalls vom Souverän an der Urne auch angenommen? Und kann der Stadtrat garantieren, dass in den nächsten 30 Jahren keine Aus- und Einzonungen in Liestal geben wird?

Stadtrat Daniel Muri erklärt, die MWA ist ein sehr komplexes Thema und verschiedene juristische Fragen kann er so auch nicht beantworten. Und so würde die Überweisung des Vorstosses als Postulat schon eher Sinn machen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 22 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion Nr. 2020-32 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Fortsetzungssitzung vom 3. Mai 2021

Ratspräsidentin Verena Baumgartner informiert darüber, dass die vorgemerkte Fortsetzungssitzung vom nächsten Montag, 3. Mai 2021, nicht stattfinden wird.

* * * * *

Verabschiedung Stadtverwalter Benedikt Minzer

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass Stadtverwalter Benedikt Minzer die Verwaltung nach seinem Stellenantritt im Jahr 2010 per Ende Woche verlassen wird. Im Jahr 2012 war gerade der Manor-Neubau, der Wasserturmplatz wurde umgebaut und die Velostation wurde eröffnet. In seinem Bewerbungsschreiben hatte sich Benedikt unter anderem als dienstleistungsorientiert und loyal bezeichnet, was die Stadtratsmitglieder und die engsten Mitarbeiter des Stadtverwalters sicher zu 100% bestätigen können. Während den letzten 10 Jahren hatte Benedikt die Stadtverwaltung markant geprägt und er hatte beispielsweise an 359 Stadtrats-sitzungen teilgenommen. Er hatte während seiner Anstellung eine Stadtpräsidentin, zwei Stadtpräsidenten und weitere acht Stadtratsmitglieder mit all ihren verschiedenen und persönlichen Nuancen erlebt. Dank seinem Durchhaltevermögen und seinem guten Händchen bei der Auswahl der Geschäftsleitungsmitglieder hatte er es geschafft, aus einer klassischen Verwaltung eine freundliche und kundenorientierte Dienstleistungsorganisation zu schaffen. In früheren Zeiten hatte es einige Unikümer in der Verwaltung gegeben, welche dem Rotstab-Cabaret für die Fasnacht immer wieder Gesprächsstoff und Themen geliefert hatten. Heute hört man immer wieder viel Lob für die Verwaltung und gar während der Corona-Pandemie war die Stadtverwaltung immer kundenorientiert für die Bevölkerung präsent. Die lobenden Worte für unsere Stadtverwaltung sind insbesondere auf den Verdienst des Verwaltungsleiters Benedikt Minzer zurückzuführen. Er bedankt sich namens des gesamten Stadtrates für den grossartigen Support des Stadtverwalters. Persönlich möchte er sich bei Benedikt auch für all seine guten Ratschläge und die Unterstützung im Zusammenhang mit der Übernahme des Stadtpräsidiums bedanken. Er wird nun am Freitag den Rathaus-Schlüssel abgeben und sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen, jedoch wird er als Einwohner weiterhin die Vorzüge der Hauptstadt Liestal geniessen. Er freut sich auf weitere Treffen mit Benedikt im Stedtli Liestal oder an seinem neuen Arbeitsort in Basel und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Auch wünscht er ihm bei der GGG Basel als neue Arbeitgeberin viel Erfolg und Freude in der neuen Tätigkeit. Vielleicht stellt die Stadt Liestal angesichts der angespannten finanziellen

Situation auch noch ein Unterstützungsgesuch an die GGG Basel und da er als Geschäftsleiter auch die Problematik noch als ehemaliger Stadtverwalter kennen dürfte, dürfte man ja durchaus auf eine positive Prüfung hoffen. Er wünscht ihm und seiner Familie für die Zukunft nur das Beste.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) meint, dass es nach den lobenden Worten sowie dem Dank des Stadtpräsidenten und langen Applaus der Einwohnerratsmitglieder wohl keiner weiteren Ergänzungen ihrerseits bedarf. Sie kann aber bestätigen, dass der Einwohnerrat und seine Kommissionen die Zusammenarbeit mit Stadtverwalter Benedikt Minzer immer positiv erleben durften. Er hatte viel dazu beitragen, Liestal vorwärts bringen zu können und für dieses Engagement möchte sich der Rat mit einer Magnum-Weinflasche mit allen Unterschriften des Einwohnerrates sowie einem «Baselland-Card»-Gutschein bedanken.

Stadtverwalter Benedikt Minzer bedankt sich recht herzlich für die netten und wertschätzenden Worte an seine Adresse sowie die Präsente, welche ihn sehr freuen. Vom Einwohnerrat und Stadtrat hatte er immer sehr viel Vertrauen während der anspruchsvollen Funktion als Stadtverwalter gespürt, was er ebenfalls verdanken möchte. Der Erfolg an sich war auch nur möglich, weil er auf engagierte Mitarbeiter zählen konnte. Sein grösster Dank geht deshalb an die Belegschaft der Stadt Liestal, welche sich jeden Tag engagiert eingesetzt hatte. Danken möchte er insbesondere auch den Zentralen Diensten, welche ihm immer eine grosse Stütze waren. Speziell bedanken möchte er sich auch beim Ratsschreiber Marcel Jermann sowie den Geschäftsleitungsmitgliedern auf der Tribüne. Selbstverständlich möchte er bei dieser Gelegenheit auch seiner Ehefrau Silvia und seinem Sohn Beda den besten Dank aussprechen, denn ohne die Unterstützung seiner Familie hätte er die letzten 10 Jahre als Stadtverwalter von Liestal nicht prästieren können. Er hatte sehr gerne für die Stadt Liestal gearbeitet und seine Arbeit war sehr spannend, intensiv und herausfordernd. Er freut sich, dass er auch einen Teil dazu beitragen konnte, dass man Liestal weiterbringen und sich unser Stedtli weiter entwickeln konnte. Er wünscht allen alles Gute, Glück, Gesundheit und viel Erfolg im Amt als Stadtrats- oder Einwohnerratsmitglied.

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann